

Die Zimmeiße

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Zimmeiße“ beträgt für In- u. Auslandsbezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Wobestr. 2-5.
Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 6849.

Immer Krebe zum Ganzen und lausst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zeilenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben, Betrag vorher einlefen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

Die Frage der Arbeitsgemeinschaften im Kreuzfeld der Diskussion.

Es wird uns geschrie: Der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen wird seit längerer Zeit fruchtbar diskutiert. Insbesondere seitdem der Reichsverband der Industrie und die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften in ihren Denkschriften zur gegenwärtigen Wirtschaftslage öffentlich Stellung genommen haben. Man findet in den Vorträgen um die Erneuerung der Arbeitsgemeinschaft alle Meinungen vertreten, von der schroffen Ablehnung, wie sie von den Unternehmern der Schwerindustrie auf der einen und von den Kommunisten auf der anderen Seite vertreten wird, bis zur unbedingten Befürwortung, die hauptsächlich von den christlichen Gewerkschaften ausgeht. Es wird notwendig sein, die Meinungen und Gegenmeinungen gegeneinander abzuwägen, um zu einem selbstbestimmten Urteil zu gelangen.

In einem Manifest an die Stockholmer Kirchenkonferenz im August 1925 hat der derzeitige Reichsführer Luther in seinen richtig geschildert, daß die Mehrzahl der Hand- und Fabrikarbeiter in doppelter Weise verarmt ist. „Erstens ist ein großer Teil der Arbeiter losgelöst vom Erwerbsergebnis der Arbeit. Der einzelne ist nur noch ein Glied in einer für ihn nicht unübersehbaren Kette des gesamten wirtschaftlichen Erwerbsvorganges; dadurch ist im inneren Leben vieler Arbeiter die Grundlage menschlicher Liebe zur Arbeit erschüttert. Zweitens ist im Großbetrieb der Arbeitnehmer im Regelfall leicht auch ohne innere Beziehungen zum Arbeitgeber...“ Der Reichsführer sieht in der Religion das Mittel, das zur Überwindung der menschlichen Einsamkeit des Arbeiters und zur Versöhnung der beiden Gruppen Unternehmer und Arbeiter beitragen kann.

Die Unternehmern der Schwerindustrie haben diese Versöhnungsmaschine des Herrn Dr. Luther jeder Ideologie entkleidet und mit kalter Berechnung ihren nackten Interessenstandpunkt festgestellt, daß die Arbeitsgemeinschaft nur „von unten auf“ organisiert werden kann. Nach ihrer Meinung soll eine neue Arbeitsgemeinschaft aufgebaut werden. „Diese neue Arbeitsgemeinschaft ist in den Betrieben aufzubauen. Die Aufgaben der Organisationen sollen fest umrissen sein und sich nur auf die Erziehung und Wankeltarifffragen erstrecken. Alle Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, Urlaub usw. sollen in den Betriebsgemeinschaften behandelt werden. Nur wenn Werkbesitzer und Werkleiter sich dieser Aufgabe widmen, scheint der Erfolg möglich.“ Hinsichtlich der Lohnpolitik wird gefordert, daß sich die Organisationen auf die Festsetzung eines ortsüblichen Lohnes beschränken. Der Leistungslohn muß in den Betrieben eingeführt werden. Angebot und Nachfrage müssen den Regulator geben. Das staatliche Schlichtungswesen muß fortfallen. Streiks und Aussperrungen sind als geeignete Ventile zu betrachten und in ihrer Wirkung weniger schädlich als falsche Schlichtungsversuche... So wurde das Problem der Arbeitsgemeinschaft auf einer Tagung der Vereinigung der Industrie- und Handelskammern des norddeutschen Wirtschaftsbezirks am 15. März formuliert und als wünschenswert erachtet. Nicht Gemeinschaftsarbeit zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, sondern Betriebsgemeinschaft, das gelbe Werkverhältnis, ist das Ziel der Herren der Schwerindustrie. Nicht Wirtschaftsfrieden, wie dies Aufgabe einer wahren Gemeinschaftsarbeit wäre, sondern Abfassung jeder Schlichtungsart und Streiks und Aussperrungen als notwendige Ventile. So ist es kein Wunder, daß man jeder Arbeitsgemeinschaft auf jener Seite abhold ist und einfach feststellt: „Mögen Phantasten und Ideologen hoffen, daß mit dem 28. Juni 1919 (der Gründung der Arbeitsgemeinschaft) die geschichtliche Entwicklung sich die alten Angehörigen abgewöhnt hat und nun auf nahezu reibungslosen Gleisen abwärtsrollen würde. Wer dem Gewicht der Tatsachen den Vorrang vor der gefiederten Leichtigkeit seiner Wünsche gibt, darf anderer Meinung sein und wird erkennen, daß der letzte Grund kommende Anstrengungen und die letzte Auswirkung notwendig werden der Leistungen getragen werden müssen vom einzelnen deutschen Menschen.“ So heißt es in einer Broschüre: „Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters“, die von Organen der Schwerindustrie verbreitet wird. Das ist die Meinung der Herren von Stahl und Eisen zu der Frage der Arbeitsgemeinschaft.

Einen ähnlichen Standpunkt nimmt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ein. Etwas anderes ist schon die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände eingestuft. Wenigstens wenn man den Worten Glauben schenken darf, die noch vor einigen Tagen von Herrn v. Borstig geäußert wurden. Herr v. Borstig erklärt, daß eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften notwendig sei. Im großen und ganzen dürfte die Stellung der Vereinigung mit der übereinstimmen, die der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift vom Dezember 1925 festgelegt hat. „Die Not der Zeit erfordert Gemeinschaftsarbeit und keinen Kampf!“ So heißt es dort im Vorwort. Je weiter man sich aber in die Denkschrift vertieft, je mehr erwartet man, wie wenig die dort geäußerten Ansichten als Grundlage einer Arbeitsgemeinschaft dienen könnten. Eine Gemeinschaftsarbeit ist nur denkbar, wenn die Probleme, die im Zusammenhang unserer Wirtschaft, miteinander in einen engen Zusammenhang gebracht werden können. Wenn aber die Ansichten diametral verschieden sind, dann kann an eine Arbeitsgemeinschaft, wie sie sein soll, nicht gedacht werden. Zusammenfassend kann also bei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Reichsverband der Industrie festgestellt werden, daß sie für eine Gemeinschaftsarbeit öffentlich eintreten, jedoch keine feste Grundlage zu einer solchen geben wird. Selbst wenn die Spitze des Reichsverbandes eine wirkliche Gemeinschaftsarbeit durch Revivierung des in der Denkschrift niedergelegten Standpunktes vorbereiten sollte, dann würde immerhin erst gefordert werden, daß eine einheitliche Linie erkennbar ist. Solange so wichtige Gruppen des Reichsverbandes, wie die Schwerindustrie, mit aller Offenheit und Brutalität sich nicht für eine Gemeinschaftsarbeit, sondern für einen Kampf entscheiden, solange kann von einem Näherkommen nicht gesprochen werden. Eine Betriebsgemeinschaft in Form einzelner Werkverhältnisse ist für die Gewerkschaften keine Diskussionsgrundlage. Um das umstrittene Problem der Sozial-

politik nur kurz zu erwähnen, so erscheinen hier zwischen dem Reichsverband und den freien Gewerkschaften so grundlegende Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, daß an eine Verständigung nur gedacht werden kann, wenn der Reichsverband seine Meinung ändert und die wütenden Heber in seinen Reihen zurückweist. Festgehalten muß doch schließlich werden, daß die Unternehmern es waren, die, als die Inflation die Gewerkschaften zu Boden gedrückt hatte, die Arbeitsgemeinschaft wie einen Schmarren wegwarfen. Das werden die Arbeiter nimmer vergessen. Von Gewerkschaften liegen Stimmen von allen drei Richtungen über eine eventuelle Erneuerung der Arbeitsgemeinschaft vor. Wir denken hier an die Artikel im Hamburger

Aufruf des IOB. Für den 1. Mai 1926.

Genossen! Immer noch leiden die Völker Europas unter den Folgen des Weltkrieges. Was jedoch ernstest ist: immer noch gibt es Regierungen, die aus Nationalismus entweder den Frieden durch Unterdrückung der Minderheiten im eigenen Lande gefährden oder die im Werden begriffene internationale Völkergemeinschaft aus nationalem Egoismus oder nationalem Eigennutz in Gefahr bringen.

Diese Auswüchse, die unangeseht den Weltfrieden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau, die ökonomische Sicherheit der Arbeiter und die Entwicklung der Arbeiterbewegung bedrohen, muß die Arbeiterklasse mit der ganzen Kraft ihres Willens bekämpfen. Mit jedem Tag wird es deutlicher, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig ist, die Produktion im Interesse der Gesamtheit zu organisieren. Sie kann sich nur noch aufrechterhalten durch hohe Einfuhrzölle und Aussperrung oder — dank der Willfährigkeit der kapitalistischen Regierung — durch Subventionen aus Staatsmitteln.

Jeder Tag bringt neue Meldungen über Reibungen zwischen den Nationen innerhalb eines Staates oder über Gegenstände zwischen den Regierungen. An jedem Tag zeigt es sich aufs neue, daß nur eine geeinte, kräftige Arbeiterbewegung dem Zusammenbruch Einhalt gebieten und der zusammenstürzenden Welt Rettung bringen kann. Darum müssen die Arbeitermassen eindringlicher als je an diesem ersten Mai ihre Macht und ihren Willen bezeugen!

Darum muß die gesamte Arbeiterklasse, das gesamte Heer der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Mai demonstrieren:

- für den Achtstundentag!
- für das Mitbestimmungsrecht in der Industrie!
- für einen dauernden Weltfrieden!
- Soll die Reaktion verbrannt und die Vereitlung neuer Grundlagen für den Aufbau einer besseren Welt möglich werden, so muß jeder gerüstet, jeder zum Angriff bereit sein! Angesichts der Ereignisse und Veränderungen der letzten Jahre muß sich die Arbeiterklasse mehr als je ihrer historischen Mission der Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch bewußt sein.
- Auf zum 1. Mai!
- Auf zur Demonstration in allen Städten und Ländern!
- Möge dieser Mai ein mächtiges Zeugnis sein für den entschlossenen Willen der Arbeiterklasse aller Länder:
- die Knechtschaft abwerfen,
- die Reaktion zu stürzen,
- das kapitalistische Joch zu brechen.
- Es lebe die organisierte Arbeiterklasse der Welt!
- Internationaler Gewerkschaftsbund,
- N. A. Purcell (Großbritannien), Vorsitzender, Léon Jouhaux (Frankreich), C. Mertens (Belgien), Th. Leipart (Deutschland), Vize-Vorsitzende, J. Dudgeest, Joh. Sassenbach, John W. Brown, Sekretäre.

„Wirtschaftsdienst“. Ernst Lemmer, Sekretär des Gewerkschaftsringes (Hirsch-Dünder), schreibt a. a.: „Die neue Arbeitsgemeinschaft darf nicht noch einmal als Notgemeinschaft erstrebt werden: sie muß sich auf den Willen nach Begründung eines ehrlichen Vertrauensverhältnisses zwischen den schaffenden Ständen — Unternehmer und Arbeiter — aufbauen, sie muß eine Genuß- und Willensgemeinschaft sein wollen... Auch materiell gesehen, muß darauf hingewiesen werden, daß nach wie vor starke Gegensätze bestehen, die vielleicht aus dem Wege zu einer neuen Arbeitsgemeinschaft geräumt werden könnten, wenn in der sozialpolitischen Grundstimmung eine heiderseitige Ansicht möglich wäre. Jedoch, mir will es scheinen, als ob wir auch von diesem Ziel noch eine ganze Strecke entfernt wären.“ Also auch auf dieser Seite starke Bedenken, die aus dem Munde eines bürgerlichen Gewerkschaftlers immerhin beachtenswert sind. Für die christlichen Gewerkschaften behauptet Bernhard Otte die Möglichkeit einer Arbeitsgemeinschaft schon heute. „Will man zum Ziele kommen, dann ist der einzige Weg dazu der, daß zunächst diejenigen Kreise, sowohl im Arbeitgeber- wie im Arbeitnehmerlager, die den entscheidenden Willen zur Gemeinschaftsarbeit haben, sich ohne Rücksicht auf entgegenstehende Schwierigkeiten und Hemmnisse zusammenfinden...“ Nachmal sei aber betont, daß der Weg dazu nicht leicht und nicht kurz ist.“ Die von Otte zur Verbindung gemachte „Gemeinschaftsgegnung“ zwischen Unternehmer und Arbeiter gehört ins Reich der Phantasie, denn so etwas dürfte im Zeitalter der kapitalistischen Profitwirtschaft ausgeschlossen sein. Die stärksten Freunde unter den Gewerkschaftsrichtungen sind die „Christen“, was nicht Wunder nimmt, da sie immer schon den Standpunkt der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit einnahmen. Von den freien Gewerkschaften nahm Kollege Franz Spließ, Sekretär des IOB, zur Arbeitsgemeinschafts-

frage im „Wirtschaftsdienst“ Stellung. Kollege Spließ stellt fest, daß bei „starker Gegensätzlichkeit in vielen, namentlich den Hauptfragen, gleiche Auffassung in anderen Fragen besteht, die ein Zusammengehen beider Gruppen (Unternehmer und Arbeiter) nicht nur empfiehlt, sondern verlangt. Die Krise hat das Problem der Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund gerückt. Hierfür Mittel und Wege zu finden, ist gleich wichtig für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber. Ihre Vertreter würden ihre Pflicht verletzen, wenn sie nicht alles täten, um gemeinsam nach möglichen Hilfsmitteln zu suchen und solche gemeinsam durchzuführen. Aber zu solchen Verhandlungen bedarf es keiner besonderen Organisation, keiner irgendwie ausgeprägten „Arbeitsgemeinschaft“. Dieses Verhandeln, Sichverständigen, und wenn möglich, gemeinsame Handeln, ist die ganz selbstverständliche Pflicht der Körperschaften der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, beruflich und zentral, ohne Verbindung an irgendeinen besonderen Verwaltungsapparat.“ Wir glauben, daß Kollege Spließ die Dinge folgerichtig erkannt und beim richtigen Namen genannt hat. Wir sträuben uns durchaus nicht gegen eine gemeinschaftliche Arbeit mit den Unternehmern, wo diese im Interesse der Wirtschaft und dadurch der Arbeiterklasse liegt. Die freien Gewerkschaften werden in diesem Sinne zu handeln haben. Aber vergessen wollen wir nicht, wie die Unternehmer sich jeder Bindung entledigen, als sie glauben, ohne diese auszukommen. Ganz richtig schrieb Georg Bernhardt im „Magazin der Wirtschaft“: „Wenn auch die Autorität der Arbeitsgemeinschaft durch das Mißtrauen der Arbeiterklasse ins Wanken geraten ist, das Unternehmertum hat diese Arbeitsgemeinschaften schließlich ohne großes Bedauern preisgegeben. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan.“

Nach solchen Erfahrungen kann man es den Gewerkschaften wahrhaftig nicht verdenken, wenn sie Vorsicht walten lassen. So gut man nicht Feuer und Wasser miteinander verbinden kann, so kann man auch keine wie immer geartete Gemeinschaft herstellen zwischen Faktoren, deren Anschauungen über die brennendsten Fragen der Wirtschaft und Sozialpolitik so grundverschieden sind.

Arbeitsmarktfrage.

Der Monat März hat ohne Zweifel den Tiefstand in der Verschärfung des Arbeitsmarktes gebracht. Die Verschlechterungen haben ihren tiefsten Punkt erreicht, und einzelne Arbeitsämter melden einen, wenn auch unerheblichen Rückgang in der Arbeitslosenliste. Zu große Hoffnungen darf man aber an diese Entwicklung nicht knüpfen, und man wird sehr wahrscheinlich keine Enttäuschung erleben, wenn man auf dem Arbeitsmarkt nur mit ganz langsamen und zögernden Besserungen rechnet.

Von Bedeutung für die weitere Entspannung des Arbeitsmarktes sind bei uns vor allem die Geldverhältnisse. Die Lage ist im allgemeinen bekannt: Wir haben einen Ueberfluß an Geld, das kurzfristig, nur für kürzere Zeit angeboten wird; dagegen fehlt es uns an Kapital, das man der Wirtschaft zu erträglichem Zins und für längere Zeit zur Verfügung stellt. Im ganzen Monat März war das Angebot an kurzfristigem Geld so reichlich, daß es Schwierigkeiten machte, Geld für längere Zeit überhaupt unterzubringen. Tagesgeld kostete 5 bis 6 Prozent; aber die Abzinsung erfolgte meist zu weit geringeren Sätzen. Die großen Geldnehmer am Geldmarkt, die öffentlichen und halbstaatlichen Bankinstitute, vergüteten für größere Summen nur etwa 1 Proz. Auch das Angebot an Wechseln erstklassiger Firmen, sogenannter Privatdiskonten, waren äußerst knapp. Es kam nur zu belandlosen Umsätzen, die weit unter dem offiziellen Satz von 5 Proz. gehandelt wurden. Diese Entwicklung stand ohne Zweifel unter Einfluß der Herabsetzung des Reichsbankdiskonts von 8 auf 7 Proz. Die Reichsbank war ohne Zweifel zu einer Ermäßigung des Diskontsatzes gezwungen, wenn sie überhaupt, angesichts des reichlichen Angebotes auf dem Geldmarkt, die Führung behalten wollte. Es ist ja bekannt, daß die Wechselbestände der Reichsbank sich in den letzten Preismonaten stark verringert haben, so daß die Bank den öffentlichen Kassen (Reichsbahn, Post, Finanzverwaltung) nicht mehr das nötige Wechselmaterial, die sogenannte Reiskonten, zur Verwertung ihres Goldbestandes zur Verfügung stellen konnten. Leider haben die Privatbanken die Ermäßigung des Reichsbankdiskonts wieder einmal in der gewöhnlichen Weise mitgemacht, indem sie die Soll- und Haben-zinsen gleichmäßig um 1 Proz. heruntersetzten, wodurch die alte Spanne von 6 bzw. 7,4 Proz. geblieben ist. Die Auswucherung der Geldnehmer geht also in gleichem Umfang weiter, wie vorher, und es tritt die Tatsache ein, daß man bei unseren Banken für Leihgeld dreimal so viel Zinsen zu zahlen hat, als man für Guthaben bekommt. Das ist eine Belastung, die unerträglich ist und die zweifellos ein Hindernis für die Entspannung des Arbeitsmarktes darstellt. Die zu beobachtende Nachfrage aus dem Inland nach Anlagewerten, also die Tendenz, Geld langfristiger unterzubringen, dürfte nicht das nötige Gegengewicht gegen das Treiben der Banken sein, da einmal zu wenig Spargelder in Deutschland fließen und zum anderen noch immer die Neigung vorherrscht, Geld möglichst kurzfristig anzulegen. Ueberblicken wir die Situation, so ist folgendes zu sagen: die Umwandlung des Ueberflusses an kurzfristigem Geld in langfristige Anlagen, die erst für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt von Wichtigkeit werden, vollzieht sich nur langsam und unter Hemmnissen.

Die Wirtschaftsentwicklung selbst hat sich nach den Ermittlungen des statistischen Amtes und des Konjunkturforschungsinstituts durchaus einheitlich vollzogen. So ist z. B. die Kohlenförderung im Ruhrgebiet gestiegen, während die Holzgewinnung gleichgeblieben ist. Die Warentransporte der Reichsbahn einschließlich der Stück- und Güterverbindungen haben dagegen, wie im Anfang März, weiter zugenommen. Auf dem Rhein ist der Verkehr jedoch bei kaum veränderter Gesamtlage still. Die Kohlenabfuhr an der Ruhr haben bei günstigem Wasserstand zugenommen, die Erz Einfuhr über Emmerich aber nachgelassen. Im einzelnen ist dazu zahlenmäßig folgendes zu bemerken: Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet stellte sich in der Woche vom 8. bis zum 13. März auf 321 800 Tonnen gegenüber 310 400 Tonnen in der ersten Märzwoche und 340 800 in der dritten

Ein Bildungsinstitut für Gewerkschaftsmitglieder.

Die Staatliche Wirtschaftsschule in Düsseldorf hat wieder ihren Lehrgang beendet. Aus diesem Anlaß dürfte es angebracht sein, einige Worte über Zweck und Aufbau dieses Instituts zu schreiben. Bekanntlich ist die Staatliche Wirtschaftsschule nicht die einzige Hochschule für Gewerkschaftsmitglieder, neben ihr besteht die Arbeiterakademie in Frankfurt. Aber die Düsseldorfer Schule dürfte an Bedeutung hinter der Frankfurter Akademie kaum zurück bleiben. Die Schule wird geführt in Form eines Internats. Die Schüler sind in demselben Hause untergebracht, wo sich die Schule befindet. Es wird unterrichtet in: Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Staatsrecht und Sprachen. Neben den Hauptlehrgängen werden Abendkurse abgehalten, ferner wird Fernunterricht erteilt. Die Lernenden bilden beim Fernunterricht sogenannte Etablierungsklassen. Ab und zu begibt sich ein Lehrer oder ein Schüler des Hauptlehrganges nach den einzelnen Orten, um Fragen zu beantworten und neue Anregung zu geben. Ueber den Abendkursus schrieb ein Hörer: „Dieser Kursus ist mir zu einem starken inneren Erlebnis geworden. Nicht etwa deshalb nur, weil ich wertvolles gelernt habe... sondern weil es gelungen ist, Arbeiter, die nach harter Tagesleistung mehrere Male in der Woche durch die Schrecken der Inflationszeit hindurch, trotz starker Erschütterung der Gewerkschaften, trotz der Arbeitsverlängerung, trotz Arbeitslosigkeit und trotz bitterster materieller Not in ernster, vorwärtstrebender Arbeit zusammenzufassen und mit diesen Menschen steile Höhen wissenschaftlicher Erkenntnisse zu erklimmen.“ Die Wirtschafts-Schulblätter, denen wir diese Zeilen entnommen, legen Nummer für Nummer wertvolle Zeugnisse dafür ab, wie umfassend es gelang, Arbeiter aus dem Bereich ihrer zu gründlichen Kennen des Wirtschaftslebens zu machen. Man darf den Leiter der Schule, Herrn Dr. Seelbach, zu seiner methodischen Arbeit beglückwünschen. Aber Dank gebührt auch unsern Kollegen Heinrich Meyer, Bezirkssekretär des RWV in Düsseldorf, dessen Kraft und Energie es gelang, das Institut durch alle Schwierigkeiten und unendlichen Schwierigkeiten hindurchzuführen. Die Schüler werden von den Gewerkschaften aller drei Reichsteile entlohnt. Teilweise gewähren die Kommunen Stipendien. Wir brauchen Wirtschaftskenner, Männer, die den komplizierten Apparat der kapitalistischen Wirtschaft zu durchdringen vermögen. In Düsseldorf scheinen solche Männer herangebildet zu werden. Freuen wir uns dessen!

Wirtschaftliches.

Es regnet wieder Dividenden. Das Frühjahrsfieber an der Börse hat durchaus einen realpolitischen Hintergrund; denn die jetzt bekanntgegebenen Abschlüsse für das vergangene Jahr bringen doch teilweise anständige Dividendenüberschüsse heraus. Wohl gibt es noch zahlreiche Unternehmen, die keine Dividende verteilen, sei es aus Gründen der Rückstellung oder sonst was. Aber eine ganze Reihe Unternehmen wartet mit netten Erträgen auf. Wir bringen nachstehend eine kleine Zusammenstellung der letzten Zeit, wobei wir nur die Abschlüsse von mehr als 10 Proz. Dividende erwähnen:

| | |
|--|------------|
| Mechanische Weberei Linden | 15 Prozent |
| Jacob Nabene Söhne | 12 " |
| Sächsisch-Böhmisches Dampfmaschinenbau | 12 " |
| Bommer Bergwerks- und Hütten-Bereich | 13 " |
| Widder Kipper Brauerei | 12 " |
| Bef. für Schmirgel und Weberei, Ettlingen | 19 " |
| Schwabenverlag A.-G., Stuttgart | 12 " |
| Wollwarenfabrik Mercor, Regnitz | 12 " |
| Portland-Zementfabrik Hemmer | 15 " |
| Verks-Gubener Hutfabrik | 14 " |
| Deutsche Blumber- und Kachelwerke Weiß | 12 " |
| Paradiesbettenfabrik M. Steiner | 16 " |
| Vereinigte Glasstofffabriken, Elberfeld | 16 " |
| Julius Berger, Tiefbau | 15 " |
| Müllhaus Zentrum A.-G., Hamburg | 11 " |
| Bagenladungs- und Poldeklorationskontor, Hamburg | 15 " |
| Baumwollspinnerei, Unterhausen | 16 " |
| Robbergrube, Köln-Brühl | 24 " |

Die Aktionäre vorgenannter Gesellschaften, deren Liste noch wesentlich vermehrt werden könnte, haben zu Klagen keinen Anlaß. Ob dies bei den Arbeitnehmern der Fall ist, wird fraglich sein.

Eine wahre Goldgrube. Auf dem höchsten Gipfel der deutschen Börsenpyramide thronet ein Aktienpapier: das der Robbergrube. Der Kurs beträgt 326 Proz.; eine Tausendmark-Aktie der Robbergrube muß also mit 3260 Mk. bezahlt werden. Erst in weitem Abstand folgen die Vereinigten Glasstofffabriken mit 260 Proz., während kein anderes Papier über 200 Proz. notiert wird. Die Braunföhren- und Driftwerke der Robbergrube A.-G. in Brühl bei Köln legt jetzt ihre Bilanz für das letzte Geschäftsjahr vor. Daraus sind folgende Angaben zu entnehmen: Aus einem Reingewinn von 4 832 681

Mark wird eine Dividende von 24 Proz. verteilt. Die Herren Aufsichtsratsmitglieder erhalten 197 368 Mk. (15 Mann, mithin erhält jeder durchschnittlich 13 000 Mk.). Der Beamtenunterstützungsfonds erhält 40 000 Mk., und dem Arbeiterunterstützungsfonds werden 100 000 Mk. überwiesen. Die Robbergrube gehört zum Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk, das von Stinnes aufgebaut, jetzt von Rheinisch-Westfälischen Kommunen beherrscht wird. Bei der Robbergrube wird klar bewiesen, daß aus einer Braunkohlegrube auch eine Goldgrube werden kann. Allerdings nicht für die Kumpels und die Angestellten, die diese Profite schaffen, sondern für die Aktionäre und Aufsichtsräte.

Die Steigerung des Ausfuhrhandels der Vereinigten Staaten. Eine sehr auffallende Erscheinung ist die Steigerung des Ausfuhrhandels der Vereinigten Staaten in vergangenen Jahre, und zwar sowohl der Einfuhren wie der Ausfuhren. Es betrug der reine Warenhandel mit dem Ausland in Millionen Dollar:

| | | |
|------|---------|---------|
| | Einfuhr | Ausfuhr |
| 1924 | 3609 | 4590 |
| 1925 | 4224 | 4908 |

Im vergangenen Jahre hat sich demnach die Einfuhr in größerem Maß erhöht als die Ausfuhr. Deshalb ist der Ausfuhrüberschuss von 1925 mit 684 Millionen Dollar geringer als 1924, wo er fast eine Milliarde Dollar betrug. Der Gesamtumsatz des Außenhandels überstieg 1925 9 Milliarden Dollar und wurde damit größer als der Außenhandel des bisher größten Welt handelsstaates, Großbritanniens. Die erhebliche Steigerung der Einfuhr zeigt, daß die Vereinigten Staaten trotz der Hochschulzölle letzten Endes nicht in der Lage sind, die Wareneinfuhr zu verhindern, da sie sonst als Gläubigerland keine Zahlungen von ihren Schuldern in Empfang nehmen könnten. In der vermehrten Einfuhr kommt freilich auch der vermehrte Wohlstand (Einfuhr von Seide aus Japan, Gummi aus den asiatischen Kolonien für Automobile usw.) zum Ausdruck. Die ebenfalls wesentlich erhöhte Ausfuhr zeigt, daß infolge der dauernden Ausdehnung der Produktion trotz nicht ungünstiger Innenkonjunktur erhebliche Warenmengen als überschüssige Produktion im Ausland untergebracht werden mußten. In den vorangehenden Jahren konnte der Inlandmarkt noch einen größeren Teil der Produkte aufnehmen. Die von den Vereinigten Staaten gewährten Anleihen trugen ebenfalls viel zur Steigerung der Wareneinfuhr bei, indem die Anleihen vielfach unmittelbar mit Warenkäufen verbunden waren oder aber reine Warenkredite darstellten. Außerdem wurde durch Uebertragung von Kaufkraft das Ausland in die Lage versetzt, mehr amerikanische Waren zu kaufen, als ihm ohne Anleihen möglich gewesen wäre. Die Gewährung von Anleihen für die erwähnten Zwecke oder für Stabilisierung europäischer Währungen kommt auch darin zum Ausdruck, daß in diesem Jahre, im Gegensatz zu den früheren, statt Goldzufuhr ein erheblicher Ueberschuss von Goldzufuhr zu verzeichnen war. Gegenüber einem Goldzufuhrüberschuss von 258 Millionen im Jahre 1924 war ein Goldausfuhrüberschuss von 134 Millionen im Jahre 1925 vorhanden. Allerdings war die Goldanhäufung in den Vereinigten Staaten seit dem Kriege groß — der Goldvorrat in den Vereinigten Staaten dürfte 4 Milliarden Dollar betragen und ist damit ungefähr so hoch wie der der ganzen übrigen Welt —, daß dieser Goldabfluß wenig in die Waagschale fällt.

Gewerkschaftliches.

Vorstandssitzung des RWV vom 19. März in Amsterdam. An der am 19. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes nahmen außer Burrell, der wegen seiner parlamentarischen Tätigkeit am Erscheinen verhindert war, alle Mitglieder teil. (Noubaud, Mertens, Leiper und die drei Sekretäre Duboguet, Sassenbach und Brown).

Berufssekretariate: Der Vorstand beschloß die Einberufung einer Konferenz des Vorstandes mit der von der Konferenz der internationalen Berufssekretariate eingesehten Kommission zur Beratung der Beziehungen zwischen dem RWV und den internationalen Berufssekretariaten. Diese Konferenz wird im Zusammenhang mit der nächsten Vorstandssitzung unmittelbar vor Abhaltung des Welt-Wanderungskongresses am 15. Mai in London stattfinden. — Arbeiterinnenbewegung: Die Frage der Abhaltung eines internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkongresses oder einer gewerkschaftlichen Arbeiterinnenwoche wird in der nächsten, für den Herbst dieses Jahres in Paris anberaumten Sitzung des internationalen Frauenkomitees neuerdings besprochen werden. — W e r g a u t r i s e i n E n g l a n d : Bekanntlich nahm im letzten Jahre auf Wunsch des Britischen Gewerkschaftsbundes ein Vertreter des RWV an den Sitzungen der kritischen Tage teil, um den direkten Kontakt mit den anderen, dem RWV angeschlossenen Ländern aufrecht zu erhalten. Da es im Hinblick auf den Ablauf der Subventionsperiode Ende April auch in diesem Jahre wieder zu entscheidungswichtigen Verhandlungen kommen dürfte, wird sich Sekretär Brown zur gegebenen Zeit zur Aufrecht-

erhaltung der Verbindung mit dem RWV nach London begeben. Der Vorstand befaßte sich in diesem Zusammenhang eingehend mit der durch die neuesten Entwicklungen in der Bergbauindustrie in England geschaffenen Lage. — Im übrigen schenkte der Vorstand einen großen Teil seiner Sitzung der Besprechung von Fragen der inneren Organisation. Die in London anberaumte nächste Vorstandssitzung wird am 17. Mai stattfinden. —

Mussolinis Idealgewerkschaften. Vor kurzem behandelte der italienische Senat das gewerkschaftliche Finanzgesetz, das die Kammer bereits vor Monaten beschlossen hatte. In der Reihe der liberalistischen Gesetze vielleicht das erbärmlichste. Mussolini hatte dabei die Frechheit, das unreaktionäre Gesetz ein „sehr lobenswertes und revolutionäres“ zu nennen. Das Wesen des Faschismus tritt jedoch in anderen Bemerkungen noch klarer hervor. Mussolini rühmte dem „faschistischen Syndikalismus“ als die trefflichste Eigenschaft nach, daß die in den faschistischen Gewerkschaften vereinigte Arbeiterkraft vollständig der Kontrolle der Regierung unterliege, d. h. eine Waffe sei, die die Befehlskraft leiste. Ein Beispiel: Eine faschistische Gewerkschaft, die sich einen Akt der Selbstständigkeit geleistet, d. h. einen „unzeitgemäßen Streik“ proklamiert hatte, ist sofort aufgelöst worden. Gewerkschaften ohne Koalitionsrecht, das ist das faschistische Ideal für die Arbeiter! Dann fuhr Mussolini weiter und verherrlichte den Kapitalismus und die Kapitalisten. Genau so, wie es jeder Renegat und Exportförmelung tut, predigte er die Harmonie der Klassen, verkündete die Allgewalt des Staates, um schließlich über die Schwächlichkeit des Streiks zu wehklagen: „Mit dem Gesetz wird das Meer des Unglücks verlassen, um zum Ufer der Weisheit zu schreiten.“ Natürlich war der Senat begeistert, applaudierte und nahm an.

Genossenschaftliches.

Ein Vorbild genossenschaftlichen Zusammenstufes. Es muß eine Aufgabe aller Konsumgenossenschaften sein, die Bevölkerung ihrer Ausbreitungsgebiete in zunehmendem Umfange genossenschaftlich zusammenzuschließen und alle angeschlossenen Familien in die genossenschaftliche Verbrauchsversorgung aufzunehmen. Das Ziel soll die Zusammenfassung aller Verbraucher in der Konsumgenossenschaftlichen Organisation sein. Es gibt unter den Zentralverbänden deutscher Konsumvereine zugehörigen Vereinen solche, die in der angebotenen Richtung schon hervorragende Erfolge aufzuweisen haben. Zu ihnen gehört sicherlich als einer der besten der Konsumverein Puffenhäuser (Württemberg). Nach einer im „Genossenschaftler“, der Verbandszeitung der württembergischen Konsumvereine, mitgeteilten Statistik umfaßt diese Genossenschaft in zehn Orten ihres Gebiets von 8730 Familien mit einer Bevölkerungszahl von 34 987 Seelen nicht weniger als 6450 Familien. Das heißt, daß insgesamt im Durchschnitt 74 Proz. der Bevölkerung der Konsumgenossenschaftlichen Warenverteilung angeschlossen sind. In Puffenhäusern selbst sind sogar bereits 90,8 Proz. aller dortigen bezüglich festgestellten Familien konsumgenossenschaftlich organisiert. Das sind gewiß bemerkenswerte Ergebnisse. Es handelt sich dabei aber nicht etwa nur um eingetragene, sondern auch um tätige Mitglieder, wie es die ermittelten Durchschnittsumfänge je Mitglied zeigen. Das Gesamtbild dieses Konsumgenossenschaftlichen Zusammenstufes darf wohl als Vorbild für viele andere Vereine angesehen werden.

Soziales.

Das Gemeindebestimmungsrecht, was es ist und was es soll. Das Gemeindebestimmungsrecht ist ein Volksrecht. Es erhebt den Willen der Gemeinschaft zum Gesetz. Nicht ein beherrschender Ausschuss, sondern alle wahlberechtigten Mitglieder der Gemeinde sollen durch Abstimmung über den Umfang des Alkoholvertriebs entscheiden. Dieses Recht wird gegenwärtig in Dänemark, Schottland, Polen, in einer Provinz Kanadas, in Australien und Neuseeland angewandt; es bestand früher auch in Norwegen, auf Island und in einigen Staaten Nordamerikas, wo es zugunsten schärferer Bestimmungen wieder aufgehoben wurde.

Das Gemeindebestimmungsrecht soll den erwachsenen Männern und Frauen der Gemeinde oder eines Gemeindebezirks im einzelnen das Recht geben, auf dem Wege der Abstimmung zu entscheiden,

1. ob die Zahl der vorhandenen Alkohol-Schankstätten vermehrt werden darf,
2. ob erloschene Schankertlaubnisse erneuert werden dürfen (das Recht der Witwe oder minderjährigen Kinder eines verstorbenen Schankwirtes auf Fortführung des Betriebes wird dadurch nicht angetastet),
3. ob die Zeit des Alkoholausschanks oder -verkaufs herabgesetzt werden soll (die Wähler setzen die Polizeistunde fest!),
4. ob Ausschank und Kleinverkauf geistiger Getränke in der Gemeinde ganz untersagt werden soll (für diesen Beschluß dürfte die Zustimmung von etwa 60 Proz. aller Stimmberechtigten erforderlich sein!).

Zehe dieser Bestimmungen kann nach freier Entschliebung der Wähler auf eine oder einige Arten der geistigen Getränke beschränkt werden. So ist es z. B. möglich, den Schnapsauschank oder -Kleinhandel allein zu beschränken oder ganz zu verbieten, während der Biertrieb unangetastet bleibt.

Auch bei äußerster Ausnützung des Gemeindebestimmungsrechts würde die Herstellung und der Großverkauf alkoholischer Getränke nicht unterbunden werden. Das Gemeindebestimmungsrecht bedeutet also im radikalsten Fall nicht einmal örtliche Trockenlegung.

In der Praxis dürfte es gewöhnlich zu einer Einschränkung des Alkoholausschanks führen. Schon diese Verringerung der Trinkgelegheiten würde dem Alkoholismus erfolgreich entgegenwirken.

Darum: gebt eure Unterschrift für das Gemeindebestimmungsrecht!

Bemischtes.

Vorstandsgesalt und Dividende. Ueber dieses Thema wird dem Berliner Börsen-Courier u. a. aus Aktionärskreisen geschrieben: „Die Dividendenlosigkeit unserer Aktiengesellschaften hat in vielen Fällen seinen Ursprung in den großen Konzerngewinnen und den unüberhältnismäßig großen Einnahmen, welche die Verwaltungsgorgane für sich in Anspruch nehmen... Den Vogel abgeschossen hat wohl die Keram. Elektro Osnabr. Akt.-Ges. Der alleinige Besitz dieser Gesellschaft besteht in den Anteilen der sächsischen Kvalinwerke. Die Tätigkeit des hiesigen Direktors erstreckt sich lediglich auf die Kontrolle dieses sächsischen Werkes, absorbiert also eine minimale Zeit. Hierfür hat sich der Vorstand, der gleichzeitig die Majorität der Aktien besitzt, ein Einkommen bewilligen lassen, das für das laufende Jahr über 60 000 Mk. beträgt. Dies bei einer dividendenlosen Gesellschaft. Aus dem Einkommen des Direktors hätte die Aktiengesellschaft bequem 8 Proz. Dividende verteilen können.“ — So freuten sich Direktoren und Aktionäre um den Ertrag der Arbeitskraft. Ziemlich ist es kein schlechtes Geschäft, für eine so geringe Tätigkeit über 60 000 Mk. Gehalt zu bekommen.

Ein Reichsamt mit namhaften Ueberschüssen. Daß es auch Reichsämter mit Ueberschüssen gibt, erfährt man aus dem Jahresabschluss des Reichspatentamtes. Im Jahre 1925 betrugen die Einnahmen dieses Amtes 13 806 810 Mk. und die Ausgaben 4 852 399 Mk., so daß ein Ueberschuss von 8 454 411 Mark verbleibt. Das sind rund 63,5 v. H. der Einnahmen. Wie wird sich der Finanzminister freuen, daß es auch noch solche Ämter gibt.

Mapoleone, die den Mitmenschen, den neuen Gegenwartsmenschen, den mit der Maschine ringenden Weggenossen nicht verstehen wollen.

Kommen wir einmal unseren alten Kollegen entgegen. Ohne Zweifel sei es verheißt: er lebte als unpolitischer Kleinbürger mit seinem Bismarckmännchen ruhiger und gemüthlicher. Trotzdem auch er sich kein Geld manchemal lauer verdienen mußte. Das alte Wort: „Zeit ist (nicht etwa Liebe, Entwicklung, Qualität, Lebenssonne, sondern —) Geld — diese heute so aller Kultur hochpreisende, alte Geschäftsparole der „zivilisierten“ Exportländer stand damals noch nicht in so hohem Begriffswert. Der fabelhafte Triumphzug der Technik und die damit verknüpfte kapitalistische Arbeitermassifizierung, der Weltkrieg, Mister Ford und seine „famosen“ Methoden und all die anderen zeitgenössischen strittigen Ereignisse waren damals noch nicht zu erahnen. Das Handwerk hatte zu großem Teil noch seinen goldenen Boden. Der Werdegang der Handarbeit besaß die Arbeit mehr wie heute. Zwar schatteten auch (verschwiegene) Nachteile in „guter, alter Zeit“ die Jahre des Sozialistengesetzes, die kitzeligen Renaisance-Nachahmungen im täglichen Wohnraum und öffentlichen Bauvertrieb). Sehen wir einmal ab davon und geben den Alten recht, daß es sich ohne Flugzeuggebrumm und Autogestank befriedlicher Luft wandeln ließ.

Warum aber nun, mein sehr verehrter keramischer Kollege (vorblidlicher Facharbeiter!), bleiben Sie bei fruchlosen, wehmütigen Erinnerungen an Entschwundenes? Warum so großmütig sich kurzfristig vor den Neuland schaffenden Blüten der Gegenwart verfliegen. Hören Sie nicht den im Schützengraben Mann gewordenen Jungen, der heiser und hart ruft: „Seige Feind“, altpolitisch oder blind! Wißt ihr nicht, daß schon vor dem Kriege ein Ueberangebot an Arbeitskräften begann, daß viele „zuwanderten“, daß mancher Handwerker sein Weberdöschchen ins Familienmuseum packte und als Fabrikarbeiter sein Brot in Eränen aß?“

Im August 1914 staturierte der Kapitalismus sein graumäsiges Exemplar. Vier Jahre lang floß in Europa in Strömen solches Menschenblut. Heute jammert man darum, der Klassenkampf ist entbrannt. Ich bin der festen Ansicht, daß niemand — auch nicht der unerbittlichste, überzeugteste Kommunist im Grunde seines Menschenbewußtseins — seines ehelichen Mitleidens am Ende des Tages, das heutige g r i e g e T e m p o dieser Zeit etwa als Idealzustand begrüßen wird. Aber wer je einmal das wahre Gesicht des molanten Bör-

senbürgers erkannt hat — der weiß, daß eine Auslöschung der heute so zugespitzten Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Privatkapital genau so eine Redensart ist, wie der konservative Deutsche Volksbund. Mit papierenen Versprechungen kann dem wertvollen Träger der neuen Zeit nicht geholfen werden. Die „gute alte“ Zeit ist durch die hier skizzierten Stationen verwandelt in eine neue Zeit, die ein Kampfgesicht mit Narben zeigt! Und all das heißt heute in engstem wie in breitem Sinne: Politik! Ist nicht wegzukommandieren! Die sich schärf gebildeten Fronten Arbeitgeber und Arbeitnehmer — Bürgerium und Bürokratie — wissenschaftliche und kirchlich-mythologische Weltanschauung — sie stehen in stetig aktuell bleibenden Kämpfen. Und diese Kämpfe donnern unter dem Siegerpanzer: „Eutwidlung!“ Kein Romantiker wird diese Sturmfluten durch Abseitslehren hemmen. „Mit uns zieht die neue Zeit!“ Klingt es ungebrochen aus Asphaltbampf der Industriefabrik.

Geben wir ruhig zu, daß nicht jeder von uns eine angeborene oder wissend gewordene Kampfnatur ist. Aber mehr oder weniger werden wir alle mit hineingerissen in den Daseinskampf. Es geht langsam — aber es geht hart auf hart. Feiertagen im Feierabend sind unser Verharren. Laßt uns dann mit schlichten aber guten Mitteln den Schillerischen Göttersinken „Freude“ zum abendlichen Sonnenball „Lebens in halt“ entzünden und uns daran stärken! Wer uns nicht verstehen will oder verstehen kann — auch du Fritz und du Oskar — wird freilich auf seine Art selig werden; wird sterben müssen mit G l e g i e n a u f den Lippen und als verlassener armer Geist.

Die Jugend der alten Zeit wanderte als Handwerksbursche durch blühendes Land. Sie veräppelte die Originalen und war fidel. Fast scheint es, als ob sie mit den Jahren nun selbst ein Original geworden ist... Sie kann nicht nachfühlen, daß die neue Jugend mit 19 Jahren in Kreide- und Lehmred der Westfront blutete, daß sie sich — der Erzieher beraubt — an Kohlrüben und Kartoffelorte delectierte... Sie sieht kopfschüttelnd, daß Karl und Anni den Strichtragen, die Bügelstake, das Schleppkleid beiseite werfen, in den Wanderoock und die Knishosen schlüpfen. Sie hört verständnislos das Lied der neuen Zeit:

Brüder zur Sonne, zur Freiheit —
Brüder, zum Lichte empor!
Gell aus dem dunklen Vergangenen
Leuchtet uns Zukunft hervor!

Unternehmer-Weisheiten. „Schutz und Leber“, eine in Berlin erscheinende Zeitung, die die Interessen der Leberindustrie vertritt, bringt ihrer Nr. 67 vom 20. März d. J. einen von M. E. — wahrscheinlich dem Chefredakteur M. Eisler — verfassten Artikel, der so unglücklich bumm ist, daß er voraussichtlich in Kürze durch die ganze bürgerliche Presse laufen wird. Deshalb, nur deshalb, wollen wir kurz darauf eingehen. M. E. schreibt, daß das Deutsche Reich nicht weniger als 60.000 Gewerkschaftssekretäre zähle, die, bei einem durchschnittlichen Gehalt von 5000 Mk. zusammen 300 Millionen Mark Gehalt bezögen. Diese große Summe hätte das wertvolle Volk aufzubringen, nur um Leute zu ernähren, die keine andere Aufgabe hätten, als den Kampf gegen das Kapital zu führen. Die 300 Millionen würden den Arbeitern abgepreßt und deshalb könnten sich diese weder Kleider noch Schuhe kaufen. Wären die Gewerkschaftsangehörigen nicht, dann gingen die Kleinhandelsgeschäfte besser, die dann dem Großhandel Aufträge geben könnten, der sie an die Industrie weitergeben würde und die gesamte Wirtschaft käme wieder in Gang.

Social Worte, social Unsinn. Aber da so bestimmte Zahlen genannt werden, wird der Artikel doch dem einen oder anderen beachtlich erscheinen, und deshalb ist wohl die Bemerkung am Platze, daß die deutschen Gewerkschaften leider noch nicht so weit sind, daß sie 60.000 Sekretäre beschäftigen können. Die Zahl aller in den Gewerkschaften Angestellten, einschließlich der beschriebenen Hilfskräfte, ist etwa 5500, beträgt also den elften Teil von M. E. genannten Zahlen. Wir wollen zur Nachprüfung unserer Zahl Grundlagen angeben. In der Unterstufungsvereinigung, in der alle Verbände, mit Ausnahme der Metallarbeiter und der Musiker, ihre Angestellten verzeichnen, sind 4200 gewerkschaftliche Mitglieder. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände werden demnach etwa 4500 Angestellte haben. Rechnen wir noch 1000 dazu, die die anderen Gewerkschaftsgruppen haben werden, dann ergibt sich die Zahl 5500. Damit schwimmen M. E. all die schönen Felle weg. Er hat leider das Mittel, die gesamte Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, nicht gefunden.

Spartassen und Arbeitslosigkeit. Wie fast überall im Reich, so berichten auch die rheinischen Spartassen von einer „Vermehrung der Spartasseneinlagen“. Sie stiegen allein im Monat Februar um 25 auf 353 Mill. Mk. Die Gesamteinlagen einschließlich Giroverkehr stellen sich auf 513,7 Mill. Mk. Diese Spartasseneinlagen sind zu begründen, wenn damit eine Gefahrung der Wirtschaft einherginge. Gerade in Rheinland-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit sehr groß. Sie hat sich in letzter Zeit noch erhöht. Auf der einen Seite also vergrößertes Elend und Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite ein Steigen der Spartasseneinlagen. War die Spartasse früher die „Bank der kleinen Leute“, so dürfte wohl einwandfrei festzustellen sein, daß am jetzigen Zuwachs der Spartasseneinlagen die Arbeiterschaft wenig Anteil hat. Dies gilt besonders im Rheinland.

Von der Keramikindustrie.

Porzellanaußstellung. In einer Versammlung der Industriellen Selbst wurde ebengiltig die Veranstaltung einer großen Porzellanaußstellung aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums der Stadt Selbst beschlossen. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat bereits genehmigt, daß die Ausstellung im Gebäude der Keramischen Fachschule stattfinden. Die Ausstellung erstreckt sich nicht nur auf die Porzellanfabriken und -malereien, sondern auch auf verwandte Branchen, wie die elektrotechnische Industrie und die Maschinenfabriken. Jedoch kommen nur ortsnaheliegende Firmen in Frage. Die Leitung der Ausstellung liegt in den Händen des Professors Mele.

Erläuterung. Durch die Presse geht die Nachricht: Die Tschechen haben einen neuen Plan gegen die Deutschen ausgeheckt; sie wollen die deutsche Porzellanindustrie in der Tschechei in ihren Besitz bringen, da alle Versuche, die hervorragend ausgebildete Industrie zu tschechisieren, bisher gescheitert sind. Das Prager Tschechenblatt, der „Libode Noviny“ veröffentlicht zu dieser Angelegenheit folgende Mitteilung:

Ein Teil der Porzellanindustrie in tschechischer Hand. Bei der Durchführung der Bodenreform in der Umgebung von Roderham werden jetzt Versuche dahin gemacht, bei dieser Gelegenheit einen Teil der Porzellanindustrie in tschechische Hände zu bringen. Wie bekannt, ist diese Industrie bis auf ganz unbedeutende Ausnahmen in deutschen Händen.

Es sich die Nachricht bewahrheitet, könnten wir nicht feststellen. Jedenfalls wäre es ein seltener Fall, daß sich Kapitalisten untereinander enteignen.

Aus unserem Beruf.

Stanowik. Die Ortsverwaltung Stanowik der Zahlstelle Waldburg und Umg. hielt am 30. März eine Verwaltungssitzung der Vertrauensleute und Funktionäre ab. Auf Drängen der Belegschaft sollten beim Vorstand Schritte unternommen werden, damit dem Unternehmer endlich einmal die Stirn geboten wird betreffs der Kurzarbeit. Es ist nicht mehr länger mit anzusehen, mit welchen verächtlichen Mitteln die Unternehmer die Kurzarbeit provozieren. Nicht nur, daß von der Regierung die Stilllegungsanträge genehmigt werden, werden die Belegschaften in dauernder Aufregung erhalten, damit die Verriebe nach Ablauf der Sperrfrist Entlassungen vornehmen können. Mit diesen Genehmigungen gibt man den profitgierigen Unternehmern eine Waffe in die Hand, mit der sie die Belegschaften nach Belieben bis zum Weißbluten treiben kann. Selten ist von den Unternehmern von der Stilllegung Gebrauch gemacht worden. Untersteht sich eine Betriebsvertretung oder Belegschaft, dagegen Sturm zu laufen, so kommen sie mit der Bremse und drohen, wenn sie von ihrem Rechte Gebrauch machen, so mache ich ebenfalls von meinem Rechte Gebrauch und kündige 50-100 Mann usw. Und mit diesen Mitteln zwingen sie die Belegschaften und Betriebsvertretungen, ihrem Willen beizutreten. Wernun macht man von der Stilllegung keinen Gebrauch? Weil man ganz genau weiß, daß man mit diesen Mitteln die Gewerkschaft nicht mehr zugrunde richten kann. In jedem lassen sich die Herren Gewerkschaftsinspektoren noch Sand in die Augen streuen. Mit diesem systematischen Vorgehen werden nun aufgehört werden. Entweder wir werden alle einmal Hunger und Durst leiden, das ist immer noch erträglich, als wenn man arbeiten muß und das selbe erleben muß und ebendies noch die Pistole auf die Brust gesetzt. Ein dem Motto: Friede, Vogel, oder Feind, oder... Diese Argumente veranlassen folgende Resolution: Die am 30. März stattgefundene Verwaltungssitzung erhebt scharfen Protest gegen die Maßnahmen der Unternehmer betreffs der Kurzarbeit. Es ist nicht länger möglich, daß dieses barbarische Vorgehen nicht geahndet wird. Wir erziehen den Hauptvorstand, beim ADGB Schritte zu unternehmen, um diesen Vorgehen ein Ende zu machen. Der ADGB kann doch nicht länger zusehen, wie ein Betrieb und eine Gewerkschaft nach der andern zugrunde gerichtet wird. Wir erwarten umgehend eine aufklärende Antwort und Information für das weitere Verhalten der Belegschaft. Der Protest ist vollumfänglich berechtigt, nur ist nicht recht verständlich, warum der Ruf nach dem ADGB erhoben wird, der dem Zustand ein Ende machen soll. Was doch vom ADGB nicht alles verlangt wird. Ein Allmächtiger und Zauberer ist er aber nicht, er kann nur die Macht ausüben, die sich die organisierte Arbeiterschaft selbst gibt; denn den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bilden die freiorganisierten deutschen Arbeiter. Es ist doch zwecklos, wenn wir uns selbst um Hilfe anrufen. O. H.

Weiden. Die Porzellanfabrik „Bavaria“ in Ullersricht wird von einem Direktor Häupler geleitet. Der Mann hat

die Prügelstrafe in seinem Betrieb eingeführt und versucht dadurch, da er anscheinend andere Kräfte nicht in so hohem Maße besitzt, zu Ruhm zu gelangen. Kürzlich wurde er gegen einen Arbeiter handgreiflich, kam aber dabei an den Verlehrten. Diesmal vergriff er sich aus ganz nichtigem Anlaß an den Kontorlehrling Bachmayer, der haburch zwei Tage befinnungslos war. Der Mann scheint eine „Größe“ werden zu wollen. Bei dieser wenig erfreulichen Tätigkeit vergißt Häupler ganz, daß er noch ganz andere Pflichten als Betriebsdirektor zu erfüllen hat, sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Belegschaft zum Teil seit August 1925 auf ihre Lohnzahlungen warten muß. Erst kürzlich waren 60 Arbeiter gezwungen, eine rückständige Lohnsumme von 8000 Mk. beim Weidener Amtsgericht einzulagern. Also Aufgaben für einen Direktor der Porzellanfabrik „Bavaria“ liegen vor. Der Aufsichtsrat der Firma, schließlich auch die Aktionäre täten gut daran, ihren Direktor Häupler auf seine eigentlichen Pflichten zu verweisen, sie sollten ihn aber auch klar machen — Häupler scheint das kaum zu wissen — was sich im Interesse der Porzellanindustrie für den Direktor einer Porzellanfabrik gehört. Also, ein bißchen Erziehung von dieser Seite tut not. Der Firma würde es dienlicher sein. Wir wollen hoffen, daß eine Vnderung eintritt.

Versammlungsberichte.

Dresden u. Umg. Am Montag, den 29. März, tagte eine Vertreterversammlung unseres Bezirks. Es galt, Stellung zu nehmen zu den nummehr veröffentlichten Grundlagen für unseren mit dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands geplanten Zusammenschluß. Trotz der großen Ausdehnung unseres Bezirks waren unsere Betriebsvertrauenskollegen wohl reiflos zu dieser Versammlung gekommen.

Nach eingehender Berichterstattung über die letzten Weirats-sitzungen setzte, an der Hand der vorliegenden Verhandlungsergebnisse und der Statuten des FVW und des Deutschen Baugewerksbundes, eine ausgedehnte, lebhafte Debatte ein. Bis auf zwei Redner, beide Facharbeiter, lehnten alle den empfohlenen Zusammenschluß mit dem FVW auf der ausgearbeiteten Grundlage ab. Das Ergebnis der Aussprache wurde in folgender, gegen zwei Stimmen angenommenen Entschließung niedergelegt:

„Die am 29. März 1926 im Volkshaus zu Dresden tagende Vertreterversammlung für den Dresden-Meißener Bezirk ist nach eingehender Berichterstattung über die letzten Weirats-sitzungen und nach gründlicher und objektiver Besprechung der in Nr. 13 der „Ameise“ veröffentlichten Grundlagen und Sonder-satzungen für die Schaffung eines „Keramischen Bundes“ im Rahmen des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands, sowie des geltenden Statuts des letzteren, zu der Erkenntnis gekommen, den Kolleginnen und Kollegen die Zustimmung zu einem Zusammenschluß auf dieser Grundlage nicht empfehlen zu können.“

Die Betriebsvertrauensmänner des Dresden-Meißener Bezirks im Verband der Porzellanarbeiter Deutschlands stellen fest, daß dem vom Verbandstag in Magdeburg einstimmig angenommenen (Dresdener) Antrag 73 durch die mit dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands allein geführten Verhandlungen nicht Rechnung getragen wurde. Wenn der Vorstand der vom Magdeburger Verbandstag getätigten Willensäußerung für den „Deutschen Baugewerksbund“ nicht folgen zu können glaubte, hatte er die Pflicht, vor Aufnahme der Verhandlungen mit dem Fabrikarbeiterverband Deutschlands die Mitglieder zu befragen.

Die Betriebsfunktionäre des Dresden-Meißener Bezirks finden, daß für sie als Mitglieder das Statut des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands bei der endlich zugelassenen Diskussion über die Zusammenschlußfrage eine größere Bedeutung hat, als die ausgearbeiteten Grundlagen und Sonder-satzungen für den „Keramischen Bund“. Das Studium dieser Statuten läßt uns erkennen, daß durch den geplanten Zusammenschluß keine Organisationsstärkung — von einer größeren Kampfmöglichkeit ganz abgesehen — für uns herbeigeführt wird. Wir müssen es ablehnen, die Unterstufungsorganisation der Organisations Selbstzweck werden zu lassen; dies würde aber werden bei dem zur Abstimmung stehenden Zusammenschluß. Aus all diesen Gründen müßten wir zu einer negativen Einstellung gegenüber dem von unserem Vorstand und Weirat empfohlenen Zusammenschluß kommen. Nach wie vor treten wir für die Errichtung der keramischen Fachgruppe innerhalb des Deutschen Baugewerksbundes ein, dessen Statut als Grundlage für eine Industrieorganisation anzusprechen ist.“

Der letzte Satz der Entschließung stellt einen Zusatzantrag bar; dieser wurde einstimmig angenommen.

Literarisches.

Beruf und Erziehung. Von Prof. Dr. Anna Siemsen. Umfang 224 Seiten, Preis kart. 3,50 Mk., Ganzleinen 4,50 Mk. Als Doppelband der Sammlung „Neue Menschen“ in der E. Laubschen Verlagbuchhandlung, O. m. L. S., Berlin W. 30. Die bekannte Senaer Universitätslehrerin legt in diesem Buche die tiefe Verwurzelung der Erziehungsprobleme mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zuständen bloß. Insbesondere das Problem der beruflichen Erziehung im Wandel der Geschichte erfährt eine sehr orientierende Darstellung, wenn auch die Fälle des Stofses zu einer Konzentrierung auf die wichtigsten Erscheinungen zwang. Sehr ausführlich dagegen umreißt Anna Siemsen die gewaltige sozialpädagogische Bedeutung der modernen Organisationen, zumal der gewerkschaftlichen, deren Arbeit zur Bildung eines solidarischen Gemeinschaftswillens noch immer nicht voll gewürdigt wird. Ebenso interessant sind die Hinweise der Autorin auf die soziologische Bedeutung der modernen, meist privaten Werksberufsschulen und psychologischen Anstalten, die insofern eine ernste Gefahr für Proletariat und Gesellschaft bedeuten, als sie der Bildung einer kollektivistischen Willensrichtung durch die bemühte Bichtung eines zumutigen Berufsethos entgegenwirken. Auf diese Nebenwirkungen der kapitalistischen Werksbildung hingewiesen zu haben, ist ein Verdienst der Verfasserin. Das Werk erhebt sich über den Rahmen der „Neue Menschen“ und wird gewissermaßen eine Aufgabe, zu Erörterung wichtiger Gegenwarts-probleme Anregung zu geben, erfüllen.

Gold-Scheidanstalt Willy Ortleb
Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Satz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldschalen und -Lap., etc. — Höchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1 gr gute Goldschale, je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/15)

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.
Goldscheidanstalt / Begründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Reinstees Einkaufsgeschäft dieser Art (4/15)

Wies Menschentum von Dr. S. Köstlin. Ein freireligiöses Lehrbüchlein, 48 Seiten, 60 Pf. Der Verfasser ist Leiter der freireligiösen Bewegung im Bezirk Magdeburg. Er kennt die Kindesseele und weiß sie auch in die Schriften nach der guten Seite hin zu beeinflussen.

Der gute Schriftführer und Berichterstatter von Will Nieböhler. 56 Seiten, 60 Pfennig. Anschaulich schildert Verfasser die Tätigkeit eines Schriftführers in Vereinen die des Berichterstatters für die Zeitung, Wertvolle Hilfen gegeben werden, erleichtern auch dem Anfänger die Tätigkeit.

Verbeugen, nicht abtreiben von Luise Otto. 36 Seiten, 50 Pfennig. Bestimmend für die Neuauflage war, daß die Frage nach diesem Büchlein außerordentlich groß ist, was aber auch, daß es in der ganzen Literatur kein Werk gibt, wie die vorliegende Schrift die Frage so klar verständlich und leichtfaßlich behandelt. Deshalb wird die Abhandlung besonders in Arbeiterkreisen gute Aufnahme finden.

„Kulturwille“. Die Aprilnummer trägt den Titel „Wohn- und Bauen“. Während sich die Arbeiterchaft in ihrem wirtschaftlichen und politischen Kampfe bewußt in Gegen-satz zur bürgerlichen Klasse stellt, ist der einzelne Arbeiter in seinem persönlichen Leben zumeist selbst so ein kleiner Bourgeois. Ist daher eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterbildung, Arbeiter zu einer ihm entsprechenden einfachen und schönen Lebensgestaltung zu erziehen. Auf dem Gebiete der Wohnungskultur bringt die jetzige Nummer des „Kulturwille“ man praktische Anregung. Wir weisen unsere Leser immer wieder darauf hin, den „Kulturwille“ zu beziehen. Der Preis eines Jahresabonnements von 2,40 Mk. ist so niedrig gehalten, daß es den meisten Arbeitern ermöglicht wird, den „Kulturwille“ zu lesen. Probenummern werden auf Wunsch gratis gesandt. Ein gemeinsames Arbeiter-Bildungs-Institut, Leipzig, Braustraße

Arzberg. Unseren Mitgliedern diene zur Kenntnis, daß Ausgabe der Bibliothekbücher jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, von vormittags 9 bis 11 Uhr, durch den Kollegen M. Kerner im Konsumgebäude erfolgt. Die Verwaltung

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Branchenversammlung: Schild-maler, Dienstag, den 13. April, abends 7 Uhr, bei Wollschloß, Ullalberstr. 21; Galanteriemaler, Dienstag, den 13. April, abends 6 Uhr, im Büro, Raunpstr. 85. **Zahlstellenversammlung** Donnerstag, den 15. April, abends 7 Uhr, in der Statlichen Porzellan-Manufaktur, Charlottenburg, Wegelstr. Tagesordnung: „Die Verschmelzungsfrage“ und „Das Arbeiterloshausproblem“.

Spanau. Donnerstag, den 15. April 1926, nachmittags 4 1/2 Uhr, bei Wundt, Fischelborferstr. 6a. Tagesordnung: Die Verschmelzungsfrage. Erscheinen der Mitglieder Pflicht. Die Verwaltung

Spanau. Die Zahlstelle begehrt am Sonnabend, den 24. April, ihr 32. Stiftungsfest in den Räumen der Markthalle Fischelborferstr. 89, Inh. H. Grafh, Beginn 8 Uhr. Hierzu sind die umliegenden Zahlstellen eingeladen. Die Verwaltung

Dankungen.

Für unsere kranken Kollegen Koch, Polzig und Remick gingen folgende Beträge ein: Arzberg 15, Breslau 10, Coblenz Eisenfurt, Schönwald, Teltow, Waldburg, Magdeburg Annaburg, Kraureuth, Hennigsdorf, Blaue, Oberkohan, Dersdorf je 9, Meuselwitz, Teltow, Kauenstein, Blankenbain, Weilsdorf, Grünstadt, Waldbassen je 6, Schlierbach, Kohn, Necha-Sonderhausen, Freiberg, Triptis, Weikwasser, H. Schappel, Widaun je 5, Belten, Marktredwitz, Gemmersthal, Passau je 4, — Mk., Summa 231, — Mk. Im Namen der kranken Kollegen, sowie der Zahlstelle Stadtlengsfeld all Gebern herzlichsten Dank. S. A.: Rich, Luther, Kassierer, Stadtlengsfeld.

Für unseren kranken Kollegen Richard Arnold gingen folgende Beträge ein: Arzberg, Schlierbach je 5, —; Annaburg Berlin, Cobitz, Kraureuth, Freital, Margarethenhütte, Dersdorf, Marktredwitz, Blaue, Stadtlengsfeld, Teltow, Eisenfurt, Weilsdorf, Widaun je 3, —; Werka, Grünstadt, Kirchenlam, Meuselwitz, Passau, Kauenstein, Kohn, Waldbassen je 2, —; Summa 68 Mk. Allen Gebern im Namen des Kollegen Richard Arnold und der Zahlstelle besten Dank. S. A.: Arno Ulrich, Kassierer, Freiberg.

Auf den Aufruf in der „Ameise“, Nr. 10, gingen für unseren Kollegen Arnold noch folgende Beträge ein: Hornberg, Magdeburg, Oberkohan je 3, — Mk. Besten Dank. Arno Ulrich, Kassierer, Freiberg.

† Sterbetafel †

Arzberg. Christof Köhler, Dreher, geb. 24. 3. 1866, gestorben an Herzlähmung. Organisiert seit 1906.
Kahle (Eihendorf). Karl Götzler, Former, geb. 19. 1. 1877, gestorben an Lungentzündung und Grippe. Organisiert seit 1905.
Reinhaldensleben. Julius Roewe, Maschinist, geb. 13. Februar 1890, gestorben 26. März 1925 an Lungentuberkulose. Organisiert seit 1925.
Neuleiningen. Heinrich Pfahler, Maler, geb. 7. 2. 1861, gestorben an Lungentzündung. Organisiert seit 1919.
Schleusingen. Robert Meufinger, Formgießer, geb. 4. 8. 1861, gestorben an Asthma. Organisiert seit 1902.
Waldburg und Umgegend. Oskar Strecker, Lagerarbeiter, geb. 9. 1. 1862, gestorben an Magenkrebs. Organisiert seit 1919.

Ehrem Andenken!

Goldabfälle jeder Art
wie Lappen, Schmirer, Mische, gebranntes Gold, Flaschen usw. werden bei guten Preisen gekauft. Klüßige Glanzgold- und Poliergold-Originalabfälle werden gekauft und dafür hohe Preise bezahlt.
H. Langhammer, Goldankaufsgeschäft, Witten I. Sa.

Erfahrener, erstklassiger Gießer, mit allen vorkommenden Arbeiten der Gießerei bestens vertraut, der ein Personal wichtig zu leiten weiß, sucht Stellung als Gießer oder Gießereileiter. Angebote unter „S. 60“ an „Die Ameise“ erbeten.
Gerausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Red.: Edwin Hennig, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5. — Verlag: Wilh. Herbig, Charlottenburg I, Brahestr. 2-5.
Druck: E. Samsaewski, Berlin SO., Elisabethufer 28.